



# MIT PEP VOR ORT **3** DOKUMENTATION

Praxisentwicklungsprojekt zur Profilierung von Jugendarbeit in Rheinland-Pfalz vor Ort

---

Im Rahmen des Förderprogrammes JES! Eigenständige Jugendpolitik – mit PEP vor Ort







Fachkräfte aus Frankenthal sollen beim 6. Qualifizierungstreffen den Stand ihres Projektes in einem Bild ausdrücken.

## Stadt Frankenthal

Michael Krauß  
Marius Reuter

### Projektziel

In Frankenthal wurde vor Projekteintritt nur unzureichend partizipativ mit jungen Menschen gearbeitet. Bemühungen, wie z. B. der kommunale Jugendbeirat, brachen aufgrund von personenbezogenen Abhängigkeiten ab. Andere Projekte, wie z. B. Bürger- und Jugendbeteiligungen, wurden von den Zielgruppen, aufgrund fehlender Selbstwirksamkeitserfahrungen und Entkopplung eines gesellschaftlichen „Wir-Gefühls“, abgelehnt, oder nur unzureichend angenommen. Die verbindliche Prozessentwicklung und Entscheidungsfindung in der Politik und Verwaltung war/ist trotz bundes- und landespolitischem Engagement gegenüber

Demokratiebildung und Mitbestimmung auf kommunaler Ebene, stark vom Einzelengagement und Hintergrundwissen der Akteure abhängig und geprägt.

Im Jahr 2019 wurde mit jugendlichen Skater\*innen, aufgrund von Beschwerdeprozessen durch Anwohner\*innen, und 2020 mit unterschiedlichen Mountainbiker-Gruppen, die während der Coronapandemie „illegale“-Mountainbikestrecken bauten, von der Politik und Verwaltung Gespräche aufgenommen, um gemeinsam auf Augenhöhe unter Einbindung aller Zielgruppen Lösungsvorschläge zu erarbeiten. Dieser Prozess wurde im Rahmen der Jugendstrategie kontinuierlich begleitet und reflektiert. Im Verlauf des Dialogprozesses der Skater\*innen und Mountainbiker\*innen wurde als Ziel formuliert, dass die Stadtverwaltung eine verbindliche Entscheidung über die Genehmigung eines Baus einer neuen Sportfläche für Skating und Mountainbiking im

Laufe der zweijährigen JES! - Förderperiode bis Juni 2023 trifft.

Als weiteres Ziel der Jugendstrategie wurden aktiv Jugendliche über das Netzwerk des Kinder- und Jugendbüros angesprochen, um bis Ende des Jahres 2022 über das Thema Jugendvertretung in der Kommune ins Gespräch zu kommen und mögliche Beteiligungsinstrumente zu diskutieren und gegebenenfalls zu installieren.

Im Rahmen der Jugendstrategie wurden Beteiligungs- und Dialogprozesse installiert, die durch das Kinder- und Jugendbüro, den Jugendamtsleiter und Dezenten gesteuert werden. Hierbei wurden (neue) Beteiligungsprozesse geschaffen, um gemeinsame partizipative Lösungen zu erarbeiten und um gemeinsam bedarfsorientierte Kinder- und Jugendangebote sicherzustellen. Flankierend hierzu wurde versucht, den nicht mehr aktiv organisierten Jugendring wieder zu reaktivieren.

Weitere prozessflankierende Ziele, wie personelle Anpassungen, Schaffung von zeitlichen Ressourcen und finanziellen Mitteln, wurden umgesetzt, werden aber hier nicht weiter ausgeführt.

### Projektdarstellung

Neben dem Beschwerdeprozess des Skateparks entstand durch die genutzten und selbständig „wild“ gebauten Mountainbike-Strecken von jungen Menschen während der Pandemiezeit ein zusätzlicher städtischer Konflikt. Kinder und junge Erwachsene, die aufgrund des Lockdowns sich diese Orte selbst „erschaffen“ und genutzt hatten, sahen sich mit Beschwerden von Anwohnern und naturschutz- und haftungsrechtlichen Verantwortlichkeiten der Stadt Frankenthal konfrontiert. Die Stadtverwaltung musste aufgrund dieser Rechtsgrundlagen die „wild“ gebauten Strecken sperren und zurückbauen. Diese Situation führte zu vielen öffentlichen Diskussionen, bei den Zielgruppen, Beschwerdeführer\*innen, Elternvertreter\*innen und Politik. Das Kinder- und Jugendbüro stellte Kontakt zu den unterschiedlichen Nut-

zungsgruppen her und führte diese in einem weiteren Dialogprozess gemeinsam mit dem Dezenten/Beigeordneten zusammen.

Die Dialogprozesse der Skater\*innen und Mountainbiker\*innen wurden aufgrund der gleichen Interessenslagen als „Wunsch nach eigenen Sportflächen“ zusammengefasst. In diesem Dialogprozess wurden gemeinsam Nutzungsbedingungen des Skaterplatzes diskutiert und geändert. Dieser Prozess stieß auf großes Interesse in Medien, Gesellschaft und Politik. Um die Qualität in diesem Mitbestimmungsprozess zu gewährleisten, wurde eine externe Moderation engagiert.



Gemeinsames Treffen im Dialogprozess zwischen Eltern, Kindern, moderierendes Stadtberatungsbüro Fries, Beigeordneten Bernd Leidig und Vertretern des Kinder- und Jugendbüros

Es fanden regelmäßige Treffen mit den Jugendlichen statt. Es wurde gemeinsam mit der Stadtverwaltung analysiert, welche Flächen für den Bau einer Anlage geeignet sind, und ein Lärmgutachten erstellt. Den jungen Menschen sollte eine ungestörte Durchführung ihres Sportes gewährleistet werden, ohne Anwohner\*Innen zu stören, dabei den unterschiedlichen Interessen gerecht zu werden und damit Konflikte aufzulösen. Im Jugendhilfeausschuss wird seitdem über den Stand des Dialogprozesses regelmäßig informiert. Zudem erhielt der Prozess in der Politik und weiteren Interessensvertreter\*innen zusehends mehr Aufmerksamkeit.

Um auch die Öffentlichkeit einzubeziehen, haben die Skater\*innen den Kontakt zur Presse gesucht und sich an der Kinderstadt 2022 beteiligt. Dadurch wurde Kindern die Möglichkeit gegeben, die Sportart Skaten besser kennen zu lernen. Zusätzlich haben sie für ihr Anliegen Unterschriften gesammelt.





Insgesamt 30 Jugendliche nahmen im April 2023 am Jugendevent „Grill & Chill“ teil.



Erste Erfahrungen auf dem Skateboard konnten die Kinder unter Anleitung der jungen Skater\*innen machen.

Im Jahr 2022 hat das Kinder- und Jugendbüro sich an die Schülervertretungen gewandt und angefragt, ob Interesse besteht, sich über das Thema Jugendbeteiligung auszutauschen. Daraus hat sich eine Gruppe mit Jugendlichen im Alter von 15-20 Jahren gebildet, die sich seit 2022 regelmäßig einmal im Monat trifft. Hieraus ergab sich der Bedarf an Schulungen (z. B. Formen der Beteiligung) und eigenständigen Projekten (Grill&Chill, TeilnahmeYouNight), um andere Jugendliche für das Thema zu begeistern.

Das Kinder- und Jugendbüro hat unterstützend die Prozesse begleitet, um beispielsweise personelle, finanzielle und räumliche Mittel zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus haben die Jugendlichen ein Interview mit der Presse geführt. Dabei wurde klar formuliert, dass sich die Jugendlichen von Seiten der Politik wünschen, ernstgenommen zu werden und auf Augenhöhe zu kommunizieren. Der Prozess der Jugendvertretung wird weiter begleitet, da noch keine Form der Jugendbeteiligung priorisiert wurde. Weitere Zielsetzung ist es, eine



Gruppe in Frankenthal zu etablieren, die selbstständig Projekte durchführen kann, die Kommunikation mit der Politik pflegt und auch den Kontakt zur Altersgruppe herstellt.

Zur Reaktivierung des kommunalen Jugendrings, der als Zusammenschluss von Jugendverbänden nach §12 SGB VIII ein Ort sein soll, an dem „Anliegen und Interessen junger Menschen zum Ausdruck gebracht und vertreten“ werden und somit ein wichtiger Bestandteil in der Beteiligung von jungen Menschen ist, wurden mit den ehemaligen Vertreter\*innen des Jugendrings, Politik und dem Kinder- und Jugendbüro die kommunale Entwicklung und Historie des Jugendrings reflektiert und neue Aktivierungspläne entwickelt. Zur anfänglichen Auftaktveranstaltung waren viele Vereinsvertreter\*innen, der Beigeordnete der Stadt FT, Vertreterin des Jugendrings LK Worms und der Stadtjugendpfleger FT vertreten. Als Ergebnis konnte festgehalten werden,

- dass ein organisierter Zusammenschluss der Vereine sinnvoll ist,
- aber viele Vereine eigene Interessensvertreter\*innen in der Politik haben,
- Ehrenamtliche meist überlastet sind und somit keine weiteren Aufgaben übernehmen können,
- es Nachwuchsprobleme in den Vereinen gibt,
- sich ehrenamtliches Engagement (gerade bei jungen Vereinsmitgliedern) immer mehr nur auf ganz gezielte Gruppen/Projekte konzentriert
- und neue organisierte Zusammenschlüsse genau auf eine verbindliche Realisierbarkeit geprüft werden müssen.

Bei der Anschlussveranstaltung, bei der die Rückmeldungen aus den Vereinen reflektiert werden sollten, um neue konzeptionelle Eckpunkte zu diskutieren, waren nur noch wenige Vertreter\*innen

der Vereine anwesend. Eine weitere Veranstaltung steht zum jetzigen Zeitpunkt noch aus.

## Erfahrungen

Die Erstkontakte zu den jugendlichen Zielgruppen und anderen Prozessbeteiligten konnten in der Regel gut hergestellt werden. Die Einbindung eines kommunalen Politikvertreters war durch das Engagement des Beigeordneten/Dezernenten gewährleistet. Durch die moderierten Dialogprozesse eines Stadtplanungsbüros, konnten die partizipativen Prozesse fachlich und emotional unterstützend begleitet werden. Die hierdurch zusammengetragenen Prozessentwicklungsschritte, fachlichen Standards und subjektiven Erwartungshaltungen konnten gebündelt und im Rahmen von gemeinsam erarbeiteten Meilensteinen für Lösungsvorlagen entwickelt werden.

Das Engagement der jungen Menschen hat dazu geführt, dass der Dialogprozess von der Landesregierung im Rahmen des Jugendengagementwettbewerbs „Sich Einmischen – Was Bewegen“ in 2021/22 ausgezeichnet wurde. Zudem wurden VertreterInnen des Dialogprozesses vom Bundespräsidenten für ihr ehrenamtliches Engagement zum Sommerfest nach Berlin eingeladen. Auf kommunaler Ebene mussten die jungen Menschen erfahren, dass dieses Engagement nur unzureichend und nicht im Prozess widerspiegelnd gewürdigt wurde.

Schwierigkeiten haben wir in der fehlenden Selbstwirksamkeit bei allen Zielgruppen im gesellschaftlichen Querschnitt wahrgenommen. Zudem wurde in den Dialogprozessen sichtbar, dass die Erwartungshaltung und Kompromissfähigkeit der Jugendlichen größer ist, als das der beteiligten Erwachsenen.

Der Prozess war zudem davon geprägt, dass Politik gegenüber der Einbindung von jungen Menschen in partizipative Prozesse und Entscheidungen unerfahren ist und aufgrund von fehlendem partizipativen Konzeptwissen immer wieder ver-

suchte, Prozesse für eigene Interessen zu instrumentalisieren, die durch die konzipierenden Fachleute „geschützt“ werden mussten.

Zudem war eindeutig sichtbar, dass Verwaltungsprozesse weit hinter den Anforderungen von partizipativen Prozessen junger Menschen „hinterherhinken“. Dabei ist die ständige und nachhaltige Vertretung von jungen Menschen in Ausschüssen und/oder Projekten bisher nicht, oder nur unzureichend, geschweige denn nachhaltig, gewährleistet.

Die Situation in Frankenthal hat dazu geführt, dass trotz hohem Engagement von jungen Menschen und bereichsübergreifender Zusammenarbeit in der Stadtverwaltung, die Stadtspitze und Politik über fünf Jahre keine verbindliche Entscheidung für oder gegen einen neuen Platz getroffen hat, was zu Unmut bei den jungen Menschen geführt hat.

Die gesellschaftlichen, weltpolitischen und pandemischen Entwicklungen während der Beteiligungsverfahren in Frankenthal seit 2020 haben



Dialogprozess auf Augenhöhe - Bei einem gemeinsamen Treffen wurden die Ergebnisse und Forderungen dem Oberbürgermeister und Beigeordneten von den Jugendlichen präsentiert und anschließend offen diskutiert.

dazu geführt, dass die Gesellschaft und Politik mit vielen schwierigen Situationen beschäftigt war, die den kommunalen Mitbestimmungsprozess der jungen Menschen mitunter überlagert, aber auch in den Fokus gerückt hat.

Im Rahmen der Konzeptentwicklung ist aber auch sichtbar geworden, dass die pädagogischen und sozialpädagogischen Fachkräfte teilweise nicht über professionsbezogene Instrumente und Methoden (wie z. B. die GEBe-Methode) verfügen, um die Mitbestimmung von jungen Menschen adäquat zu unterstützen und mit zu entwickeln. Auch die eigene Haltung und gesellschaftliche Priorisierung der Fachkräfte gegenüber Mitbestimmungsprozessen musste immer wieder durch Sensibilisierungsprozesse und Schulungen unterstützt, diskutiert und angepasst werden.

### Lerneffekte

Wir haben die Erfahrung gemacht, dass Partizipationsprozesse mit jungen Menschen, wenn Sie nachhaltig entwickelt werden sollen, einem konzentrierten und fachlich angepassten Vorgehen von geschulten Personal unterliegen müssen, die demensprechend ausgebildet und mit den dafür notwendigen Zeitressourcen ausgestattet sind. Das Identifizieren von professionsbedingten Instrumenten und Methoden sowie die Haltungsdiskussionen gegenüber der Demokratiebildung und Mitbestimmung gegenüber Prozessbeteiligten waren Erkenntnisse aus diesem Prozess, die wir im Grundsatz so nicht erwartet hatten.

Der Prozess als gesellschaftliche Querschnittsaufgabe war zudem immer wieder in der Prozess- und Konzeptentwicklung sichtbar und muss weiterhin auf unterschiedlichsten Ebenen und Zeitpunkten diskutiert, eingebunden und beworben werden.

Innerhalb der Kommune hat das Projekt dazu beigetragen, dass verbindliche neue Dialogräume geschaffen wurden, in denen sich Jugend und Politik projektbezogen auf Augenhöhe begegnen konn-



ten. Dies war ein erster und grundlegender Schritt im Rahmen von Jugendbeteiligung, der immer gewährleistet sein muss.

Jugendliche konnten während der bisherigen Prozesse verstehen, dass Politiker\*innen Entscheidungsträger innerhalb der Kommune sind, die unterschiedliche kommunale Prozesse steuern müssen. Es ist wichtig, dass sie dazu auch die Bedarfe der Kinder- und Jugendlichen kennen und diese inhaltlich und personell mit in die Entscheidungen einbeziehen. Im Umkehrschluss wurde sichtbar, dass die Sensibilisierung der weiteren Prozessbeteiligten gegenüber den Bedarfen und Prozesspriorisierungen der jungen Menschen nicht immer in der gleichen Eindeutigkeit gewährleistet werden konnte, sodass hier noch mehr Aufmerksamkeit auf Prozessreflektion, Steuerung, Sensibilisierungen und Schulungen gelegt werden muss.

## Empfehlungen

Erkenntnisse aus der Jugendstrategie sind, dass themenbezogene Schulungen für die Bereiche Politik, Verwaltung und Fachkräfte und auch die Jugendlichen notwendig sind, damit es ein Grundverständnis zum Thema Jugendbeteiligung gibt und abgestimmtes, lösungs- und praxisorientiertes Handeln möglich ist. Eine Verteidigung der Prozesse gegenüber „plakativen“ und instrumentalisierten Projekten muss gewährleistet werden, um demokratisches Handeln von gleichberechtigten Beteiligten auf Augenhöhe zu gewährleisten. Sicherzustellen ist eine Begleitung von jungen Menschen, um ihnen Räume für Selbstwirksamkeitserfahrungen zu ermöglichen.

Für die fachlich vertretbare Durchführung braucht es eine Sicherstellung von konzeptionellen Zeit-, Personal- und Finanzressourcen. Besonders hilfreich war die Einbindung einer externen Moderation, um als Mitarbeitende der Stadt nicht in Interessenskonflikte zu kommen und Prozessqualitäten sicherzustellen.

Die Installation von Steuerungsrunden und operativen Arbeitskreisen, unter Einbindung von unterschiedlichsten Beteiligten, vor allem der Stadtspitzen und politischen Vertreter\*innen, sind essentiell für die Prozessakzeptanz und sich daraus entwickelnde Konzeptionierung.

Aus der Erfahrung heraus wurde sichtbar, dass kommunale Prozesse nur schwer miteinander vergleichbar sind und eine auf die Gebietskörperschaft angepasste Konzeptentwicklung notwendig ist.